

## **Das friedenspolitische Engagement der Schweiz in Nepal**

Am **21. November 2006** wurde in Kathmandu ein umfassendes **Friedensabkommen** unterzeichnet, welches den seit zehn Jahren schwelenden Bürgerkrieg in Nepal mit über 13'000 Todesopfern beenden soll. Für den 22. November 2007 sind Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung geplant. Die langfristigen schweizerischen Engagements für Frieden, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit haben massgeblich zu diesen positiven Entwicklungen beigetragen.

### **Schweizer Experte unterstützt Friedensprozess**

Im Mai 2005 hat das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) einen Friedensberater nach Katmandu entsandt mit dem Mandat, Kontakte zu allen Konfliktparteien aufzubauen und Möglichkeiten für eine Verhandlungslösung auszuloten, die neben dem König und den bewaffneten Rebellen auch die gewaltlos auftretenden grossen politischen Parteien einbezieht.

### **Rückblick über die politischen Ereignisse in Nepal seit Februar 2005**

In der verhärteten Situation nach der Machtübernahme von König Gyandendra am 1. Februar 2005 war nicht absehbar, welche konkreten Möglichkeiten für einen Allparteiendialog vorhanden und welche Kanäle dabei allenfalls zu nutzen sind. Bereits im Herbst 2005 zeichnete sich mit dem einseitigen Waffenstillstand der maoistischen Rebellen ab, dass sich das königliche Regime international und im Innern isoliert hatte. Im Windschatten der Waffenruhe konnten die politischen Parteien und die Zivilgesellschaft aktiv werden und eine Protestbewegung aufbauen. Dadurch eröffneten sich erstmals konkrete Friedensperspektiven.

Der König liess sich von der zunehmenden Mobilisierung der Bevölkerung zunächst wenig beeindruckt. Eine unerwartet breite und entschlossene Volksbewegung (*jaana andolan*), die am 24. April 2006 im ganzen Land Millionen auf die Strasse brachte, veränderte die politische Lage in Nepal schlagartig. Die oberste Armeeführung informierte den König, dass sie angesichts der sich zuspitzenden Krise in Kathmandu nicht mehr in der Lage sei, die Sicherheit des Palastes zu garantieren. Noch am selben Tag verlas der König eine Proklamation, die von einer Sieben-Parteien-Allianz (SPA) redigiert worden war, und setzte das von ihm am 1. Februar 2005 aufgelöste Parlament wieder ein. Bereits in den ersten Sitzungen des Parlaments wurden die Rechte des Königs auf eine zeremonielle Rolle reduziert. Die Armeeführung ging auf das Parlament über, das Vetorecht des Königs bei Gesetzesvorlagen wurde abgeschafft und die bewaffneten Rebellen im Lande, die so genannten Maoisten, von der Liste terroristischer Organisationen gestrichen. In der Folge erklärten sowohl die Maoisten wie die Regierung einen unilateralen Waffenstillstand. Am 21. November 2006 verabschiedeten die Parteien ein umfassendes Friedensabkommen, im Dezember 2006 begann der Demobilisierungs- und Entwaffnungsprozess. Seit März ist die Partei CPN/M der Maoisten mit fünf Ministern in der Übergangsregierung vertreten.

### **Die Arbeit des Friedensberaters**

Die veränderte politische Situation gab dem schweizerischen Berater einen ungleich grösseren Spielraum. Während eines Jahres war er in Nepal vor Ort und führte vertrauliche Konsultationen mit allen drei Konfliktparteien. Zwar hatten sich im Laufe des Jahres 2005 weder Gespräche zwischen dem Palast und den politischen Parteien noch zwischen dem Palast und den Maoisten abgezeichnet. Trotzdem wurde die Bereitschaft der Schweiz, vertrauliche Vorgespräche zwischen allen Konfliktparteien zu ermöglichen, geschätzt.

Mit dem Sieg der demokratischen Kräfte nahmen die Friedensverhandlungen Gestalt an: Die Regierung der Sieben-Parteien-Allianz suchte nach einer raschen politischen Einigung mit den Maoisten. Der schweizerische Berater konnte dabei an seine guten Kontakte anknüpfen und beiden Seiten in mehreren Bereichen behilflich sein.

Eine wichtige Rolle spielt dabei das Friedenssekretariat der Regierung. Dieses war früher direkt dem Sekretariat des Palastes unterstellt. Nach der Wende wurde es zu einem zentralen Dreh- und Angelpunkt für die Vorbereitung und Unterstützung der Gespräche beider Seiten. Der Berater der Schweiz wurde zusammen mit vier Nepali und einem erfahrenen Kollegen aus Südafrika Mitglied einer „facilitation task force“ des Sekretariats. Zusammen mit der task force konnte er Ideen sondieren, Optionen entwickeln und den Verhandlungsdelegationen Vorschläge unterbreiten.

In unzähligen Momenten des krisenanfälligen Friedensprozesses waren in der Folge die informellen und diskreten Fazilitationsfähigkeiten des schweizerischen Beraters von den Konfliktparteien gefragt. Eine offizielle Drittparteienintervention schlossen die Konfliktparteien ausdrücklich aus. So vermittelte der Berater beispielsweise im Streit um die Ausgestaltung des Einladungsschreibens an die UNO, welche zur Unterstützung der Waffenstillstandsbeobachtung und des Verfassungsprozesses nach Nepal geholt werden sollte. Auch bei der Erarbeitung des umfassenden Friedensabkommens vom 8. November 2006 spielte der Berater eine inhaltliche und prozessfördernde Rolle.

### **Ausblick und weitere Schritte**

Die Arbeit des Friedensberaters ist Teil der vielfältigen Aktivitäten der Schweiz in Nepal:

- Sie unterstützt politisch, finanziell und personell die Mission des Hochkommissariates für Menschenrechte, deren Mandat die Schweiz 2005 initiiert hatte. Die UNO-Friedensmission zur Waffenstillstandsbeobachtung und technischen Vorbereitung der Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung wird ebenfalls von der Schweiz beratend, finanziell und durch die Entsendung von Beobachterinnen und Beobachtern aus dem Schweizerischen Expertenpool für zivile Friedensförderung (SEF) begleitet.
- Eine grosse Herausforderung dürfte die Integration von Frauen in den Friedens- und Verfassungsprozess darstellen, und zwar auf allen Ebenen. Die Schweiz fördert die Gründung von Frauen-Friedenskommissionen und Frauenrundtischen. Eine Gruppe von Frauen wurde in der Verhandlungsführung und Mediation ausgebildet. Der schweizerische Berater möchte auf diese Weise versuchen, Frauen an den Verhandlungstisch zu bringen.
- Einen wichtigen thematischen Beitrag liefert die Schweiz im bevorstehenden Verfassungsprozess. Sie fördert mit Seminaren, Studienreisen, Diskussionsforen und schriftlichen Studien die Klärung grundlegender Fragen wie beispielsweise die mögliche föderale Ausgestaltung Nepals unter Schlüsselpersonen verschiedener politischer Ausrichtungen.
- Die Reformierung des Sicherheitssektors dürfte eine der grössten Herausforderungen werden. Die Schweiz leistet punktuelle Unterstützung im Bereich der demokratischen Kontrolle der Armee sowie der Begleitung des Demobilisierungsprozesses und Reintegration ehemaliger Rebellen.
- Das langjährige und qualitativ überzeugende Programm der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des EDA in Nepal bildet einen zentralen Pfeiler für das schweizerische Engagement. Es soll weitergeführt werden. Bereits 2005 wurde die erste, von der DEZA und der Politischen Direktion des EDA gemeinsam ausgearbeitete schweizerische Landesstrategie für Nepal verabschiedet, welche die aktive politische Friedensförderung mit einem konfliktsensiblen Programm-Management der Entwicklungszusammenarbeit verbindet.

**Fazit**

Die Schweiz wird als Akteurin wahrgenommen, die den Willen und die Fähigkeit hat, die Menschenrechte zu fördern und den Friedensprozess zu unterstützen. Öffentliche Friedensdiplomatie und vertrauliche Vermittlungs- und Expertentätigkeit ergänzen sich dabei. Ausdauer ist ebenfalls ein Faktor, der nicht zu unterschätzen ist. Friedensförderung gleicht eher einem Marathonlauf als einem Hundertmetersprint. Für die Menschenrechtsinitiative, Projekte des Friedensberaters, Unterstützung der UNO-Mission und Entsendung schweizerischer Expertinnen und Experten werden jährlich rund 1,4 Millionen Franken eingesetzt.